

Nein zur Pensionsautomatik

Der Bundesvorstand der GPA-djp lehnt eine automatische Erhöhung des gesetzlichen Pensionsalters mit der Lebenserwartung ab. Die GPA-djp bekennt sich hingegen voll zur Zielsetzung der Anhebung des faktischen Pensionsalters. Dieses bedarf aber wirkungsvoller Maßnahmen wie das seitens der Wirtschaft nach wie vor blockierten Bonus-Malus-Modells zur Förderung der Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen. Eine Automatik kann eben politische Maßnahmen nicht ersetzen. Bei einer "Pensionsautomatik" soll das Pensionsantrittsalter parallel zur Lebenserwartung steigen.

Bemerkenswerterweise lehnen vor allem die jungen Menschen die Automatik ab, weil sie wissen, dass sie die großen VerliererInnen dieser Maßnahme sein würden. Damit sichert man den jungen Menschen nicht die Pensionen, sondern kürzt diese, weil ein späteres gesetzliches Regelpensionsalter für viele höhere Abschläge zur Folge hat, die zu massiven Pensionseinbußen führen würden. Laut einer OGM Umfrage lehnen 77 % der unter 30-Jährigen die Automatik ab.

Dass eine automatische Anhebung des Alters nicht automatisch mehr Beschäftigung mit sich bringt, zeigt die diesbezügliche Szenarioberechnung der Pensionskommission in ihrem Gutachten vom 25.11.2014. Im sogenannten „Shift Szenario“, bei dem sich das gesetzliche Pensionsantrittsalter parallel zur Lebenserwartung nach oben verschiebt, sinkt die Anzahl der PensionsbezieherInnen weitaus stärker als die Zahl der Erwerbstätigen steigt.

So nimmt die Zahl der Versicherten bis 2060 im Vergleich zum Basisszenario (mit unverändertem Regelpensionsalter) um 72.000 zu, während die Zahl der Leistungen um 175.000 zurückgeht. Es bleibt offen, was mit den ca. 100.000 Personen passiert, die in diesem Szenario nicht erwerbstätig und nicht in Pension sind. Genau deswegen ist die Automatik keine sinnvolle sozialpolitische Maßnahme, weil sie keine Automatik zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten bietet sondern nur automatisch einen Pensionsantritt verhindert.

Das Gutachten der Pensionskommission nimmt keine Gesamtschau der öffentlichen Pensionsausgaben bis 2060 vor, obwohl das im Regierungsübereinkommen vereinbart wurde. Es bleibt nämlich der ganze Bereich der Beamtenpensionen ausgeklammert. Durch die Pensionsharmonisierung im Rahmen des Pensionskontos und das Auslaufen der Beamtenpensionsregelungen steigen die gesamten öffentlichen Pensionsausgaben aber wesentlich geringer, als es im Gutachten der Pensionskommission den Anschein hat.

Die GPA-djp fordert

- ein rasches Maßnahmenpaket zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung älterer ArbeitnehmerInnen, v.a. eine Bonus-Malus-Regelung zur Beschäftigung Älterer
- maximale Anstrengungen, die Arbeitslosigkeit zu senken, sowohl auf EU-Ebene als auch innerstaatlich. Damit steigen auch die Beitragszahlungen in das bewährte Umlagesystem.
- die Verpflichtung der Unternehmen zur Etablierung altersgerechter Arbeitsbedingungen sowie zu Betrieblicher Gesundheitsförderung
- Verbesserung der arbeitsweltbezogenen Prävention
- Anspruch auf berufliche Rehabilitation auch für Personen ohne Berufsschutz
- Einführung präventiver Rehabilitation bei drohender Arbeitsunfähigkeit
- Keine Anhebung des gesetzlichen Regelpensionsalters

- Klares Bekenntnis zum bestehenden leistungsdefinierten Pensionskonto mit verbindlichen Aussagen zur künftig zu erwartenden Pensionshöhe und Absage an ein beitragsdefiniertes Pensionskontosystem, in dem die künftige Pensionshöhe unberechenbar bliebe und ein erheblich niedrigeres Leistungsniveau zur Folge hätte.
- Die Pensionskommission soll ab sofort (wie es im Regierungsprogramm vorgesehen ist) die Entwicklung der gesamten öffentlichen Pensionen inklusive der Beamtenpensionen analysieren und darstellen.